

Dringliche Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Neustart jetzt: Sicherheits- und Alarmsystem an Schulen

Gut gemeint ist das Gegenteil von gut. Das Alarmierungs-System, welches vor zwei Jahren in allen Schulen der Stadt installiert wurde, basiert auf dem 2G-Netz, welches spätestens 2020 abgeschaltet wird. Dann werden die «Amok-Handys» nicht mehr funktionieren. Eine Neubeschaffung drängt sich auf.

Seit der Anstellung des städtischen Sicherheitsbeauftragten (SiBe) hat die BSS mehrfach versucht, die Schulen zu erreichen und zu instruieren. Der SiBe verlässt die BSS leider bereits wieder, das Bewerbungsverfahren für die Nachfolge läuft derzeit. Die Position des/der SiBe macht nur Sinn, wenn die Schulen eng mit dem SiBe zusammenarbeiten, um Krisen-Interventions-Konzepte und -Teams, wie vom Kanton gefordert, zu erstellen, zu schulen und regelmässig zu beüben.

Die Neubeschaffung eines Alarmsystems, so man denn zum Schluss kommt, dass es ein solches braucht, und die Neuanstellung eines/einer Sicherheitsbeauftragten schaffen eine Zäsur, die einen geordneten Neuanfang zulässt. Diese gilt es zu nutzen.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. Dem Stadtrat in einem Bericht, auch mit Blick auf andere Städte und Gemeinden, aufzuzeigen, ob – und aus welchen Gründen – ein Ersatz der Alarmierungsanlage angezeigt ist oder ob darauf verzichtet werden könnte.
2. vor der Ausschreibung eines Ersatzes für das veraltete 2G-Alarmsystem ein gesamtstädtisches Krisen-Interventions-Konzept (KIK) für die Städtischen Schulen zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Das Konzept ist in enger Zusammenarbeit mit dem/der neuen SiBe, Vertretungen der Schulleitungen, der Lehrpersonen, der Hauswirtschaft, Blaulichtorganisationen und dem möglichen Anbieter eines neuen Alarmierungssystems zu erstellen.
3. an allen städtischen Schulen dafür zu sorgen, dass Krisen-Interventions-Teams (KIT) aus Lehrpersonen, SchulleiterInnen, Tageschulpersonal und dem nichtpädagogischen Personal (v.a. Hauswirtschaft) aufgebaut werden und dass sich diese an der Entwicklung und den wiederkehrenden Überprüfungen des KIK beteiligen.
4. dafür zu sorgen, dass dieses Konzept innert nützlicher Frist an allen Schulen bekannt gemacht, instruiert und regelmässig beübt wird.
5. dafür zu sorgen, dass der/die Sicherheitsbeauftragte für die Schulen regelmässigen Austausch mit den Schulleitungen und den KIT betreiben kann.
6. die Frage zu prüfen, ob der/des SiBe für die Schulen bei der SUE eventuell besser angesiedelt wäre als in der BSS (z.B. Nähe zu den Blaulichtorganisationen).
7. bei der Neubeschaffung eines Alarmierungssystems auch Systeme in Betracht zu ziehen, welches nicht auf einem G-Netz (Handy-Netz) basieren (sondern zum Beispiel auf dem in Zusammenhang mit base4kids in allen Schulhäusern installierten WLAN).

Begründung der Dringlichkeit

Die Beschaffung eines neuen Alarmsystems muss dringend anhand genommen werden, soll es keine Übergangslücke geben. Ein KIK, wie es schon länger vorhanden sein muss, müsste bis zu dessen Installation auch fertig und in den Schulen bekannt gemacht werden. Das alles braucht Zeit. Will der Stadtrat sich dazu äussern, so muss das äusserst zeitnah geschehen, weil die beeinflussbaren Faktoren sonst schon durch Fakten abgelöst wurden. Kumulativ steht die Anstellung des neuen SiBe unmittelbar bevor, dessen Auftrag und Kompetenzen auch möglichst schnell geklärt werden müssten.

Bern, 08. März 2018

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer, Bettina Jans-Troxler

Mitunterzeichnende: Lukas Gutzwiller, Brigitte Hilty Haller, Marcel Wüthrich, Janine Wicki, Danielle Cesarov-Zaugg, Matthias Stürmer, Lionel Gaudy, Philip Kohli